

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2 XXV/124

Bonn, den 8. Juli 1970

Seite Zeilen  
-----

1 - 1a Berlin ist der Testfall 83  
-----

SPD-Positionen im Vorfeld der Moskau-Verhandlungen

Von Kurt Marnick SPD-MdB

Vorsitzender der Arbeitskreise für auswärtige und innerdeutsche  
Beziehungen

2 - 4 "Hessen '80" 123  
-----

Moderne Land - gesicherte Zukunft

Der große Plan des hessischen Ministerpräsidenten : Daswald

5 Der Putsch frisst seine eigenen Kinder 41  
-----

Zur Umbildung der Militärregierung in Athen

die Bundesregierung, daß die drei Westmächte, die neben der Viermächteverantwortung ihre besondere Verantwortung für West-Berlin haben, mit der Sowjetunion zu Vereinbarungen kommen. In diesen Vereinbarungen wünscht die Bundesregierung von der Sowjetunion eine Respektierung des gewachsenen Status dieser Stadt mit ihren Bindungen zur Bundesrepublik und eine Festlegung für eine Verbesserung, Erleichterung und stetige Sicherheit der Zugangswege nach West-Berlin. Außerdem sollte die besondere Behandlung der Berliner bei Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin beseitigt werden; vielmehr sollten sie den Bundesbürgern gleichgestellt werden. Solche alliierten Vereinbarungen über West-Berlin müßte dann auch die Regierung der DDR respektieren und einhalten.

Dies ist der erklärte Standpunkt der Bundesregierung, der den Bemühungen der westlichen Alliierten entspricht. Aber wie immer in der deutschen Politik beginnen nun in Wochenzeitschriften und in der Tagespresse Zweifel an dieser Position. Und nun wird es für Berlin ganz ernst. Wenn in einem politischen Magazin geschrieben wird, "Das Hindernis Berlin - Berlin ist der festeste aller Knoten in Europa. Hier entkrampfend zu wirken, übersteigt die Kräfte dieser Bundesregierung bei weitem" und dann die Frage aufgeworfen wird, ob man dies nicht allein den Amerikanern überlassen solle, dann wird deutlich, daß die Bundesregierung auf einen neuen Weg gedrängt werden soll. Erstens sind die westlichen Schutzmächte die Verhandlungspartner in den Berlin-Verhandlungen, und zweitens müssen sie auch für solche Vereinbarungen einstehen. Aber z.Zt. funktioniert das alles nicht so wie es sein müßte und wie es in einer relativen Dauerlösung akzeptabel wäre.

Begründet wird der Einwand gegen die Berlin-Haltung der Bundesregierung mit der Auffassung, daß sich die Sowjetunion in der Berlin-Frage festgelegt habe. Sie verlange Berlin als selbständige politische Einheit, ohne Bindungen an Bonn.

Nun meinen wir aber, abgesehen davon, daß die Bundesregierung ihre Berlin-Verpflichtung gar nicht aufgeben kann: Wenn die Sowjetunion von der Bundesregierung in diesen Verträgen, die sie abzuschließen gedenkt, verlangt, auf Positionen zu verzichten, was für die Bundesrepublik schmerzlich ist, so muß man wohl von der Sowjetunion erwarten können, daß sie im Falle Berlin die gewachsenen Realitäten respektiert. Auch die Sowjetunion müßte zur Untermauerung der Verträge zu Kompromissen bereit sein, und da ist nun wahrlich Berlin der für die Bundesrepublik und die Westmächte entscheidende Punkt.

So war es richtig zu behaupten, daß Berlin der Testfall ist, ob die Sowjetunion die Entspannungsbemühungen der Bundesregierung und der Westmächte unterstützt, indem sie in der Berlin-Frage zum Kompromiß bereit ist. Dieses Konzept der Bundesregierung, das sehr ausgewogen ist, könnte, so meine ich, in den Besprechungen in Moskau wie in Warschau auf alle Fälle respektiert werden.

+ + +

"Hessen '80"

Modernes Land - gesicherte Zukunft

Der große Plan des hessischen Ministerpräsidenten Osswald

Der Große Hessenplan in seiner neuen Form als Landesentwicklungsplan ("Hessen '80"), der in diesen Tagen der Öffentlichkeit übergeben wurde, gibt einen langfristigen Überblick über Grundlagen, Schwerpunkte und Zielvorstellungen der Politik der Landesregierung. Er umfaßt neben den Investitionen erstmalig auch Maßnahmen der Raumordnung und vorrangige gesellschaftspolitische Ziele.

Das Programm "Hessen '80" umfaßt einen Zeitraum bis 1985. Denn nur im Rahmen eines solchen langfristigen Zeitraumes lassen sich grundlegende Reformen sinnvoll planen und dann in einzelnen Abschnitten verwirklichen. Der Landesentwicklungsplan baut auf einer breit fundierten Raumanalyse auf. An sie schließt sich konsequent eine Prognose der demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Planungszeitraum an. Daraus ergeben sich die Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Förderung der Industrie, der Landwirtschaft, des Bildungssystems, der Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie des Verkehrsnetzes.

Das Raumordnungsprogramm sieht die Aufteilung des Landgebietes in fünf Planungsregionen vor, die ihrerseits mit Unterstützung der Landesregierung in eigener Verantwortung Raumordnungspläne aufstellen mit dem Ziel, wertgleiche Lebensbedingungen herzustellen. Entscheidend ist, daß hiermit eigenständige Planungsinitiative der regionalen Kräfte mobilisiert und nicht durch eine zentrale Landesplanung von oben erstickt wird.

Vierstufen-Zentren

Bei der Ordnung des Raumes wird von einem vierstufigen System zentraler Orte ausgegangen werden: Oberzentren, Mittelzentren, Unter- und Kleinzentren. Oberzentren haben neben der Grundversorgung für den Nahbereich vor allem die Deckung des höheren spezialisierten Bedarfes zu übernehmen. Oberzentren sind Städte mit weitreichender überregionaler Bedeutung, und zwar wird es deren sechs in Hessen geben: Darmstadt, Frankfurt/Offenbach, Fulda, Gießen, Kassel und Wiesbaden.

Die Mittelzentren sind Städte mit besonderer Ausstrahlungskraft und haben Teilfunktionen eines Oberzentrums. In ihnen sollen neben Einrichtungen der Grundversorgung für den Nahbereich auch Versorgungseinrichtungen für den gehobenen Bedarf vorhanden sein. Die Verflechtungsbereiche der Mittelzentren bewegen sich zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern; nur drei liegen über 100.000.

Während die Ober- und Mittelzentren einheitlich für das ganze Land festgelegt sind, ist die Ausgestaltung des Netzes der Unterzentren Aufgabe der regionalen Planungsträger. Von den Planungsträgern erwartet die Regierung die Erarbeitung von Unterlagen für

rund 250 vorgesehene Unter- und Kleinzentren. Dabei sollen die Verteilungsbereiche der Unterzentren 10.000 bis 20.000, die der Kleinzentren mindestens 5.000 Einwohner umfassen, die die Einrichtungen des betreffenden Zentrums bei zumutbaren Entfernungen (etwa 10 km bzw. eine halbe Stunde Fahrzeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln) ausnutzen können.

Das Gesamtplanungssystem des Programms "Hessen '80" wird jedoch so flexibel bleiben, daß jederzeit bessere Einsichten verwertet werden können. Vor der endgültigen Festlegung des Planes erhält die breite Öffentlichkeit ausreichend Gelegenheit zu eingehender Diskussion. Erst wenn diese umfangreiche öffentliche Aussprache durchgeführt ist, wird die Landesregierung den Plan endgültig feststellen und dabei die Ergebnisse aus der Diskussion im ersten Durchführungsabschnitt für die Jahre 1971 bis 1974 verwerten.

#### Wohnungen, Kindergärten, Arbeitsplätze

Das Neue und Besondere von "Hessen '80" liegt darin, daß hier Landesentwicklung als gesellschaftspolitische Aufgabe verstanden wird. Dem liegt der Gedanke zugrunde, daß sich Freiheit und soziale Sicherheit, hoher Bildungsstand und wirtschaftlicher Wohlstand gegenseitig bedingen und daher nicht isoliert voneinander gesehen werden dürfen. Entsprechend müssen auch die Maßnahmen auf den verschiedenen Gebieten, die sie sichern und weiterentwickeln sollen, als Einheit gesehen und aufeinander abgestimmt werden. Einen ersten Schritt auf diesem Wege hat bereits der bisherige Große Hessenplan, der die Investitionen in sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und im Verkehrsbereich vorausplante und koordinierte. Das war bereits, trotz der Beschränkung auf die Investitionen, ein großer Fortschritt. "Hessen '80" geht aber noch wesentlich darüber hinaus und enthält umfangreiche Investitionsmaßnahmen wie zum Beispiel die Förderung von

- 125 000 Neubauwohnungen,
- 100 000 Kindergartenplätzen,
- 25 000 Plätzen in Heimen für alte Menschen,
- 30 000 neuen Arbeitsplätzen in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen usw.

#### Gesundheit und Kultur

Deutlich zeigt sich die gesellschaftspolitische Gesamtbetrachtung des neuen Plans auch beim Gesundheitswesen. Hier werden die neuen Investitionsmaßnahmen, wie die Schaffung von 9500 neuen Betten in Akutkrankenhäusern, 1800 in Sonderkrankenhäusern und 8800 Plätzen in Schwestern- und Personalwohnheimen, von einer Reihe gesellschaftspolitischer Maßnahmen begleitet, wie der Schaffung einer umfassenden Gesundheitsvorsorge, der Ergänzung der Vorsorgemaßnahmen durch gezielte gesundheitliche Aufklärungsaktionen und der Einführung eines Gesundheitspasses. Ferner sollen ein bedarfsgerecht gegliedertes Krankenhausssystem sowie die Reform der inneren Struktur der Krankenhäuser sicherstellen, daß alle Bürger gleichwertig medizinisch versorgt, betreut und untergebracht werden.

Auch im kulturellen Bereich ergänzen sich die gesellschafts-

politischen Vorhaben investiver und nichtinvestiver Art. Die hohen Investitionsausgaben bis 1985 von 9,5 Mrd. DM sind in erster Linie durch den Anstieg der Schülerzahl um 200.000 auf 1,1 Millionen sowie die Verdoppelung der Studienplatzzahl an Hochschulen auf 85.000 bedingt. In ihnen spiegeln sich aber auch die neuen schulpolitischen und hochschulpolitischen Programme wider, die zur Verwirklichung des demokratischen Anspruchs auf Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung postuliert sind.

#### Die Finanzierung des Programms

Bis 1985 werden zur Finanzierung der Projekte des Programms "Hessen '80" - in heutigen Preisen gerechnet - rund 55 Mrd. DM aufzubringen sein. 22 Mrd., das sind 40 v.H. dieser Summe, werden vom Lande Hessen getragen werden. Rund 8 Mrd. oder etwa 15 v.H. haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beizusteuern, denen durch einen mit Hilfe des Landes zu schaffenden Investitionsfonds die beschleunigte Durchführung ihrer Investitionsprogramme erleichtert werden soll. Die restlichen 25 Mrd. DM = 45 v.H. sind von sonstigen Trägern aufzubringen. Ein großer Teil dieses Betrages, vor allem für wasserwirtschaftliche Projekte, Projekte zur landwirtschaftlichen Strukturverbesserung und für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen, wird im Rahmen der Förderung von Gemeinschaftsaufgaben vom Bund sowie von der EWG zur Verfügung gestellt werden. Ferner werden die von privaten Trägern von Hessenplan-Projekten - vorwiegend im Wohnungsbau und in der gewerblichen Wirtschaft - aufzunehmenden Kreditmarktmittel auch weiterhin zum Teil durch Zinszuschüsse des Landes vorbilligt und durch Staatsbürgschaften gesichert, so daß der Anreiz zu Investitionen bestehen bleibt.

Das Programm "Hessen '80" ist eine Aufforderung an alle Bürger, an die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, Verbände und Organisationen, bei der weiteren Gestaltung einer fortschrittlichen und gesicherten Zukunft Hessens mitzuarbeiten. Hessen wird damit auch für die Zukunft der allgemeinen Entwicklung wieder einen Schritt voraus sein und seinen Bürgern die Sicherheit geben, ohne Sorgen in die Zukunft schauen zu können. "Hessen '80" wird zugleich ein Modell für die Planung und Bewältigung der Entwicklungen in der ganzen Bundesrepublik sein.

Dr. Hans Henrich

## Der Putsch frisst seine eigenen Kinder

---

### Zur Umbildung der Militärregierung in Athen

Die griechische Junta wurde in der vorigen Woche umgebildet. Unter den fünf neuen Staatssekretären ist nur ein früherer Politiker, der ehemalige Oberbürgermeister Athens Tsoukalas, einst Abgeordneter der Zentrumsunion und Anhänger der Diktatur. Die anderen sind bloße Technokraten, und die Umbildung bedeutet keinerlei Änderung des bisherigen Kurses des Regimes. Der Belagerungszustand bleibt bestehen; mit ihm die Konzentrationslager und die Schauprozesse. Papadopoulos verfolgte mit der Umbesetzung offenbar das Ziel, am Vorabend der Entscheidung des amerikanischen Senats über die weitere Militärhilfe an Griechenland den Anschein zu erwecken, als würden sich dort politische Änderungen abzeichnen. Von den insgesamt 100 amerikanischen Senatoren stimmten 42 gegen die weitere Militärhilfe, solange in Griechenland keine demokratischen Verhältnisse herrschen. Bald wird auch die Mehrheit des Kongresses die Junta verurteilen, denn die Haltung Westeuropas in der griechischen Frage hat auf Washington großen Eindruck gemacht.

Was den Amerikanern indessen Sorge bereitet, ist die Zerrissenheit der griechischen Streitkräfte. Eine neuerliche Säuberungswelle bei Marine und Luftwaffe machte erst kürzlich wieder deutlich, daß seit dem Putsch die griechische Armee in zwei Gruppen gespalten ist, die sich politisch diametral entgegenstehen. Dieser Gegensatz in Junta-Anhänger und Junta-Feinde zersetzte jede Disziplin und ließ den einzigen Sinn der Armee, Griechenland im Konfliktfall zu verteidigen, völlig in Vergessenheit geraten. Seit der Zeit, in der das heutige Regime die Armee benutzte, um seine Macht mit Gewalt zu etablieren, ist jedes objektive Ziel der Streitkräfte in den Hintergrund getreten. Nachdem viele Schlüsselpositionen von früheren Obersten und Majoren besetzt wurden, interessiert sich die Führung der einzelnen Einheiten nur noch dafür, bei der Verteilung der politischen Posten dabei zu sein und von der Macht etwas mitzubekommen.

Seit dem 21. April 1967, dem Tag des Putsches, wurden 350 Offiziere verhaftet und 2.000 aus der Armee entlassen. Ihnen wurde vorgeworfen, in Opposition zum Regime zu stehen. Die Säuberungswelle im Juni 1970 hatte den Zweck, die Führung von Luftwaffe und Marine ausschließlich mit Junta-treuen Personen zu besetzen.

Die "Revolution" frisst ihre eigenen Kinder. In seiner neuesten Ausprägung in Athen, wo der 39-köpfige Revolutionsrat selbst von inneren Rivalitäten zerrissen ist, zeigte dieses Gesetz nicht nur Zerfallserscheinungen in den Streitkräften, sondern den Anfang eines Prozesses, an dessen Ende die endgültige Entmachtung der Junta stehen wird.

Dr. Basil P. Mathiopoulos